

KOMMENTAR

Testfall für die Erde

Von Klaus Jongbloed

China wird zum Testfall für den Planeten. Denn das Reich der Mitte mit seinen rund 1,3 Milliarden Einwohnern ist Spiegel dessen, was beim Kampf gegen die Erderwärmung gelingen muss. Wie dem Milliardenvolk steht dem Planeten eine Herkulesaufgabe bevor: ein riesiges Bevölkerungswachstum zu versöhnen mit dem daraus erwachsenden Energiehunger – und zugleich die Umwelt zu behüten.

Sigmar Gabriels Besuch war deshalb weit mehr als Balsam für die verletzte chinesische Seele nach dem Dalai-Lama-Empfang im Kanzleramt. Der Umweltminister ist ein Politfuchs und weiß, dass das globale Anliegen Klimaschutz nur glückt, wenn China die Weichen sofort in diese Richtung stellt. Mit Engelszungen pries Gabriel deshalb den Gastgeber als wahren Weltmeister in Sachen Windenergie.

Aber der Honig im Bart der Chinesen verkleistert den Ernst der Lage. Gabriel war in einem Land zu Besuch, das ernsthaft darüber nachdenkt, vor der Olympiade die Industrie herunterzufahren, damit die Sportler durchatmen können. Jede Woche geht ein Kohlekraftwerk ans Netz und treibt die Treibhausgasemissionen in die Höhe, jeden Tag schießen Fabriken und Hochhäuser wie Pilze aus dem Boden. Fast drei Viertel der Flüsse sind verseucht. Die Weichen für Windkraft reichen nicht, wenn man allein auf Wachstum setzt.

k.jongbloed@neue-oz.de

Lob für den neuen Umweltfreund

Minister Gabriel diskutiert in China über erneuerbare Energien



Stolz ist die chinesische Führung auf Windenergieanlagen wie diese in der Provinz Guangdong. Das Programm wurde in letzter Zeit stark ausgebaut. Foto: AFP

Von Marcel Grzanna

PEKING. Beim Mittagessen legte Sigmar Gabriel die Stäbchen nach zwei Bissen vorsichtshalber zur Seite und griff stattdessen zu Messer und Gabel. Im Umgang mit anderen chinesischen Gepflogenheiten bewies der Bundesumweltminister im Rahmen seines Peking-Besuchs gestern mehr Finger-spitzengefühl.

Bei einer Konferenz für erneuerbare Energien überschüttete Gabriel die Gastgeber mit Dank für ihr Engagement im Kampf gegen den Klimawandel. Er lobte den „verlässlichen und progressiven Verhandlungspartner“ und trat China uneigennützig den Titel des „wahren Weltmeisters“ in der Installation von Windenergie-Anlagen ab. Diese Worte dürften den Chi-

nesen viel Spaß bereitet haben. Denn eigentlich stecken die Chinesen ein, wenn es um das Thema Umwelt geht: Wegen der katastrophalen Luftverhältnisse in ihren Großstädten, wegen etlicher ver-seuchter Flüsse im gesamten Land oder wegen der Zerstörung ganzer Ökosysteme wie beim Bau des Drei-Schluchten-Damms am Yangtze.

Doch Gabriel kam keineswegs nur zum Schmeicheln in Chinas Hauptstadt. Zum einen übernahm er als ranghöchster Besucher der Bundesrepublik in China seit dem Empfang des Dalai Lama im Bundeskanzleramt vor vier Monaten die Rolle des Gradmessers der Atmosphäre im deutsch-chinesischen Verhältnis. „Die Irritationen sind ausgeräumt und spielen keine Rolle mehr. Und alle sagen, dass sie fro-

darüber sind“, stellte er fest. Zum anderen vermittelte Gabriel den Eindruck, dass er den Chinesen das Optimum an Geschwindigkeit und Bereitschaft im Kampf gegen den Klimawandel während seines kurzen Aufenthaltes abringen wolle – allen möglichen verbliebenen Verstimmungen des Dalai-Lama-Ek-lats zum Trotz. Das ist Geschichte, lasst uns zur Sache kommen, schien er zu propa-gieren.

Zu diesem Zweck hatte er am Mittwoch zunächst eine Lederfabrik in der Provinz Kanton besucht, hetzte gestern in der Hauptstadt von A nach B, schüttelte Hände, traf seinen Amtskollegen Zhou Shengxian von der Umweltbehörde SEPA, ließ diversen Vertretern von chine-sischen Nichtregierungsor-ganisationen eine Stunde

lang sein Ohr und widmete sich natürlich auch den Problemen deutscher Wirt-schaftsvertreter vor Ort. Die setzen darauf, China möge Gabriels Angebot über deut-sche Hilfestellung durch Er-fahrungsaustausch und Technologie weitestgehend annehmen. Denn das formulierte Ziel der Chinesen, den Anteil erneuerbarer Ener-gien bis zum Jahr 2020 auf 16 Prozent rund zu verdoppeln, birgt Investitionspotenzial.

Aber kreisrund verlief der Trip ins Reich der Mitte letztlich doch nicht. Die Chinesen sagten am Mittwoch die geplante Unterzeichnung eines Memorandums zur Erweite-rung der Zusammenarbeit auf dem Feld erneuerbarer Energien kurzfristig ab. Die versen Vertreter hätten wegen der Energiekrise im Süden des Landes infolge der

massiven Schneefälle in die betroffenen Regionen reisen müssen, hieß es. „Das holen wir in ein paar Wochen in Berlin nach“, kündigte Gabriel an. Als Trostpflaster für die Verzögerung schoben die Gastgeber einen Empfang beim chinesischen Vize-Außenminister Zhang Yesui ein, der Gabriels Besuch im Hinblick auf die diplomatische Krisenperiode der vergangenen vier Monate mit dem Adjektiv „symbolträchtig“ schmückte.

Doch neben vielen schönen Worten bringt Gabriel immerhin auch ein Abkom-men mit nach Berlin zurück. Die deutsche Vereinigung des Gas- und Wasserfachs vereinbarte schriftlich mit dem chinesischen Konter-part eine künftige Zusam-menarbeit auf dem Gebiet der Wasserversorgung.

PRESSESCHAU

Zübecker Nachrichten

Die Zeitung schreibt zur Ernährungstudie:

„Wissen ist Macht, Nichtwissen macht dick. Die soziale Schere klappt auch in der Ernährungskunde immer weiter auseinander, zeigt nun die jüngste große Verzehrstudie. Sie belegt: Wer wenig gelernt hat, neigt – auch wegen Unwissenheit – eher zu gesundheitsgefährdendem Übergewicht als jemand mit Abitur oder Hochschulabschluss. Seit PISA wissen wir auch: Wer aus einer Schicht mit geringer Bildung kommt, bleibt meist in ihr hängen, verdient deshalb wenig, weiß deshalb wenig über angemessene Ernährung, Gesundheitsvorsorge allgemein – und stirbt mit Pech auch früher. Ein „Aktionsplan Ernährung und Bewegung“ ist da gut und schön. Aber ein Aktionsplan „Gute Bildung für alle“, der den türkischen Teufelskreis unterbricht, wäre besser. Es muss wohl noch dicker kommen, bis wir diese Erkenntnis schlucken.“

STUTTGARTER ZEITUNG

Hier heißt es dazu:

„Um die Kinder muss sich die Politik aus Fairness und wegen absehbarer Folgeerkrankungen deshalb vor-dringlich kümmern. Angesichts der massiven Zunahme von Übergewicht in der Gesamtbevölkerung sollte man aber auch viel deutlicher als bisher auf die volkswirtschaftlichen Folgen dieser Entwicklung hinweisen. Denn es ist ein Teufelskreis: Werviel zu dick ist, bewegt sich nicht gern. Beides kostet das Gesundheitswesen Jahr um Jahr viele Milliarden Euro. Doch Bluthochdruck, Herzerkrankungen, Diabetes, Bandscheibenprobleme oder Gelenkschäden sind in den allermeisten Fällen weder gottgegeben noch unaufhaltsam oder unumkehrbar.“

General-Anzeiger

Das Bonner Blatt befasst sich mit dem Afghanistan-Einsatz:

„Zumindest in Teilen verbreitet das Verteidigungsministerium gegen besseres eigenes Wissen die Mär von der Top-Ausrüstung, weil nach außen hin nicht sein darf, was nicht sein soll. Jung wird, wenn er richtig zugehört hat, bei seinem Afghanistan-Besuch erfahren haben, woran es der Truppe mangelt. Er ist der Inhaber der Befehls- und Kommandogewalt. Nachzurüsten ist kein Makel. Ein Minister-Wort würde genügen. Nur dann müsste es auch kommen.“

HISTORISCH

1. Februar

1933 – Reichspräsident Paul von Hindenburg löst den Reichstag auf. Hermann Göring beginnt in Preußen mit Amtsenthebungen.

1953 – Schwerste Flutkatastrophe seit dem 15. Jahrhundert: Eine Sturmflut überschwemmt zahlreiche Küstengebiete der Nordsee, besonders betroffen sind die Niederlande, Belgien und Großbritannien. Insgesamt starben über 2000 Menschen, Hunderttausende werden obdachlos.

2003 – Die Raumfähre „Columbia“ wird beim Wiedereintritt in die Erdatmosphäre zerrissen. Die sieben Astronauten sind sofort tot. Auslöser war ein Stück Isolierschaum, das beim Start ein Loch in die linke Tragfläche schlug. Das Unglück ereignete sich 17 Jahre nach der Explosion der Raumfähre „Challenger“ kurz nach dem Start (28. 1. 1986).

Mit dem Traum vom Westen in Polen gestrandet

Tschetschenische Flüchtlinge wollen nach Deutschland

Von Bernard Osser

AFP **DEBAK.** Tausende Tschetschenen kamen in den vergangenen Monaten nach Polen und träumen von einem besseren Leben. Doch nicht in Polen, sondern in Westeuropa möchten viele von ihnen Zuflucht finden. Mit Polens Beitritt zum Schengenraum am 21. Dezember und dem Wegfall der Grenzkontrollen zum Westen scheint ihr Traum in greifbare Nähe gerückt. Mehrere Hundert Tschetschenen versuchten in den vergangenen Wochen auch, aus Polen illegal über die deutsche Grenze zu gelangen.

„Hier kann man nicht leben, die Bedingungen sind schlecht“, sagt der 40-jährige Ruslan. Vor einem Monat ist der Mann aus der tschetschenischen Hauptstadt Grosny in das polnische Flüchtlingszentrum in Debak gekommen, 30 Kilometer westlich von Warschau. In den flachen weißen Häusern leben rund 350 Tschetschenen. „Ich möchte nach Frankreich gehen. Alle hier möchten weg“, sagt Ruslan. In Frankreich gibt es bereits eine große tschetschenische Gemeinschaft.

„Viele Menschen, überwiegend aus dem Kaukasus, sind vor dem 21. Dezember nach Polen gekommen“, sagt Waldemar Mikolajczyk, der stellvertretende Direktor des Flüchtlingszentrums in Debak. „Sie sind hier gestrandet in der Hoffnung, es in die reicheren Länder Westeuropas zu schaffen – und mit der Angst, dass Polen seine Grenzen schließt.“



Polen als Zwischenstopp: eine Tschetschenin mit ihrem Kind in Debak. Foto: AFP

Genau 10046 Menschen beantragten nach offiziellen Angaben 2007 in Polen die Anerkennung als Flüchtling, davon fast ein Viertel allein im Dezember. Mehr als 8400 Antragsteller waren Tschetschenen. Nach europäischem Recht müssen Flüchtlinge in dem EU-Land Asyl beantragen, das sie als erstes betreten, und dort auch während des Asylverfahrens bleiben. Die Mehrzahl der Flüchtlinge dachte aber nicht daran, in Polen zu bleiben, sagt Mikolajczyk. „Zwischen dem 21. Dezember und dem 7. Januar haben rund 1300 Personen die polnischen Flüchtlingszentren verlassen“, berichtet er. „An einem Tag fehlten 32 Personen beim Appell.“

Schon wenige Tage nach Polens Beitritt zum Schengenraum wurden 58 Tschetschenen im Warschau-Berlin-Ex-

press und 48 weitere in einem Zug von Warschau nach Wien entdeckt. Die polnische Grenzpolizei nahm nach eigenen Angaben vom 21. Dezember bis 16. Januar rund 140 Menschen an den Grenzen zu Deutschland, Tschechien und der Slowakei fest. Zwei Drittel von ihnen waren Tschetschenen mit Asylverfahren in Polen, die meisten von ihnen wollten nach Deutschland. Nach Angaben des Bundesinnenministeriums in Berlin wurden insgesamt 627 Personen zwischen dem 21. Dezember und dem 20. Januar an den Grenzen zu Polen und Tschechien bei der unerlaubten Einreise festgenommen. Überwiegend seien es Tschetschenen mit Asylverfahren in Polen gewesen.

In den vergangenen Tagen habe es aber anscheinend weniger Abreisen gegeben, heißt es im Flüchtlingszentrum in Debak. „Die Menschen stehen in Kontakt mit denen, die weggefahren sind und es nicht geschafft haben“, sagt Mikolajczyk. Einige davon seien inzwischen in Abschiebehaft. Die hat auch der Tschetschene Khamid bereits am eigenen Leib erlebt. Im September kam er in Polen an, reiste illegal weiter per Zug und zu Fuß nach Österreich. Dort landete Khamid in Abschiebehaft und wurde nach Polen zurückgeschickt. Nun wartet er in Debak in einem kleinen Zimmer mit sechs Betten auf die Entscheidung über sein Asylverfahren. „Ich möchte in Polen bleiben, die Menschen sind gastfreundlich“, sagt er jetzt.

Kein neues Dach mehr ohne Solaranlage

Als erste deutsche Stadt schreibt Marburg Installation vor

Von Matthias Armbrorst

AP **MARBURG.** Der entscheidende Satz steht in Paragraph drei und lautet: „Nach den Bestimmungen dieser Satzung sind die Bauherren bei der Errichtung, Erweiterung und Änderung von Gebäuden verpflichtet, solarthermische Anlagen zu errichten und zu betreiben.“ Mit dieser Vorschrift will das mittelhessische Marburg neue Wege gehen: Als erste deutsche Stadt will sie eine Solaranlage auf jedem neu gedeckten Dach, auch Kontrollen sind vorgesehen. Der Blick vom historischen Schloss auf das Stadtpanorama könnte also schon bald futuristisch anmuten.

Mit ihrem Plan geht die Verwaltung weit über alle bisherigen Bundes- oder Landesgesetze hinaus. „Das Vorhaben in Marburg scheint in der Tat sehr innovativ“, lobt auch der Bundesverband der Solarwirtschaft. „Nur einige Unverbesserliche sagen noch, wir wollten hier die ‚Ökodiktatur Marburg‘ errichten“, schmunzelt Bürgermeister und Baudezernent Franz Kahle. Solche Einwände fänden in der Stadt schon längst kein Gehör mehr. „Die große Mehrheit hat begriffen, dass Solarthermie Geld sparen hilft. Ein ziemlich überzeugendes Argument“, findet er. Und so ist das Wort „Solarthermie“ in Marburg derzeit in aller Munde: Die Technologie ermöglicht es, aus Sonnenlicht Wärme zu erzeugen, die zum Baden und Duschen, aber auch als Unterstützung von Heizungen verwendet wer-

Solartechnologie

Weil die Forscher schon seit einigen Jahren wissen, dass Energiequellen wie Erdöl und Gas in absehbarer Zeit versiegen werden, haben sie Techniken entwickelt, um **erneuerbare Energien** zu nutzen. Dazu zählen Wasser, Wind und vor allem die Sonne. Wenn Du im Hochsommer schon mal ein in der Sonne parkendes Auto berührt hast, weißt Du, wie heiß die Oberfläche werden kann. Mit einer Solaranlage kann die **Sonnenstrahlung** in Wärme und Energie umgewandelt werden. Sie besteht aus **Sonnenkollek-**



Na klar!
Erzählung für Kinder

toren und darunter liegenden Röhren mit einer Flüssigkeit, die sich erwärmt und mit einer Pumpe zum Verbraucher geleitet wird. Solaranlagen können direkt auf Dächern angebracht werden. Daneben gibt es **Photovoltaikanlagen** mit Solarzellen. Diese sehen aus wie eine kleine Box. Das darin enthaltene Element **Silizium** kann direkt die Sonnenstrahlen in Strom verwandeln. tac

den kann. Etwa 60 Prozent der Trinkwassererwärmung eines Haushalts kann eine thermische Solaranlage erledigen.

Nun soll die Technologie in Marburg zum Standard werden. Doch kann die Stadt dies so einfach beschließen? „Rechtlich sind wir auf der sicheren Seite, eine Anwaltskanzlei hat den Entwurf gründlich abgeklappt“, versichert Bürgermeister Kahle. Jetzt will der Grünen-Politiker dafür sorgen, dass die Solarpflicht-Satzung so schnell wie möglich zur Abstimmung ins Parlament kommt. „Schon im März oder April könnte sie verabschiedet werden.“ Das Heizen mit erneuerbaren Energien hat in Deutschland ein gewaltiges Potenzial, aber eine magere Quote: Gerade

sechs Prozent der Heizwärme werden bisher aus Quellen wie Solarkollektoren, Holzpellets, Biogas oder Geothermie gewonnen. Mit Hilfe des „Erneuerbare-Energien-Wärme-gesetzes“ will die Bundesregierung bis 2020 eine Quote von 14 Prozent erreichen.

Marburg will mehr. Allerdings will die Verwaltung nicht mit dem Kopf durch die Wand: So soll die Solarpflicht erlassen werden, wenn der Wärmebedarf eines Gebäudes überwiegend mit Nah- und Fernwärmeversorgung, Kraft-Wärme-Kopplung oder erneuerbaren Energien gedeckt wird. Auch Betreiber von Holzpellet-Öfen sind aus dem Schneider. „Grundsätzlich wollen wir aber verhindern, dass ein neues Dach ohne Solaranlage installiert wird“, so Kahle.